



Nr. 2

16. Januar 2026

Inhalt

dbb Jahrestagung 2026

[Ob bei Stromausfall oder Licht: Die Leute wollen sehen, dass der Staat funktioniert!](#)

Einkommensrunde öffentlicher Dienst der Länder

[Zweite Verhandlungsrunde hat begonnen – Ausweitung der Warnstreiks?](#)

dbb Monitor öffentlicher Dienst 2026

[Immer neue Aufgaben – abnehmende Personalstärke](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

[Mitbestimmungsgesetz: Digitale Abläufe lösen nicht alle Probleme](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Hände weg vom Arbeitszeitgesetz!](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb



dbb Jahrestagung 2026

Ob bei Stromausfall oder Licht: Die Leute wollen sehen, dass der Staat funktioniert!

Zum Auftakt der dbb Jahrestagung am 12. Januar 2026 in Köln richtete der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer klare Worte an die Politik:

„Gerade erst mussten Bürgerinnen und Bürger in Berlin am eigenen Leib erfahren, wie anfällig unsere Kritische Infrastruktur, wie unzureichend die Vorbereitung auf den Ernstfall ist. Das alles ist verheerend für das Vertrauen in den Staat. In solchen Situationen wollen sie – zurecht – Sicherheit, Verlässlichkeit, Schnelligkeit und Stabilität. Kurz: Die Menschen in Deutschland wollen sehen, dass der Staat funktioniert! Das gilt nicht nur im Krisenmanagement, sondern auch im Alltag.“

„Wenn Unsicherheiten wachsen, dann wollen die Menschen keine Ausreden. Sie wollen sich auf den Staat verlassen können“, erklärte der dbb-Chef. „Genau dafür gibt es den öffentlichen Dienst. Er ist das Rückgrat dieses Landes. Aber dieses Rückgrat wird seit Jahren überlastet: zu wenig Personal, zu wenig Mittel, zu viel Bürokratie, zu viele Aufgaben. Und dann wundern wir uns, wenn der Staat ins Stocken gerät?“

In der letzten dbb-Bürgerbefragung hatten 73 Prozent der Befragten angegeben, dass der Staat nicht mehr handlungsfähig sei. Geyer weiter: „Wenn wir einen handlungsfähigen Staat wollen, dann muss die Politik endlich aufhören, ihn kleinzureden, kaputtzusparen und zu überfordern. Das ist gerade in Notsituationen wie dem Stromausfall in Berlin höchst gefährlich. Die Bundesregierung muss jetzt liefern! Denn ohne einen handlungsfähigen Staat bleiben alle anderen Antworten auf die Krisen unserer Zeit nur Gerede. „Ein handlungsfähiger Staat ist das Fundament für alle weiteren Maßnahmen“, machte der dbb-Chef klar.

Zuletzt habe die Bundesregierung jedoch vor allem am eigenen Ast gesägt: „Wenn die Bundesregierung beschließt, pauschal acht Prozent der Stellen in der Bundesverwaltung zu streichen – ohne vorher zu prüfen, welche Aufgaben tatsächlich wegfallen können, dann ist das kein Beitrag zur Modernisierung. Dann ist das eine Schwächung des Staates“, mahnte Geyer.

Bei der dbb Jahrestagung waren erstmals gleich zwei Bundesminister vertreten: Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU), sagte Alexander Dobrindt (CSU), Bundesminister des Innern. der Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung Karsten Wildberger (CDU).

„Der Staat hat die Verantwortung, hinter seinen Beschäftigten zu stehen“, sagte Alexander Dobrindt (CSU), Bundesminister des Innern. „Das ist die Grundvoraussetzung für einen funktionierenden Staat. Wir müssen das Berufsbeamtentum erhalten und nicht infrage stellen. Denn es ist eine tragende Säule unseres Staates und unserer Demokratie.“

Es gebe in der Regierung auch Stimmen, die das anders sehen, sagte der Minister. Er sicherte zu, diesen Stimmen entschlossen entgegenzutreten.

Täglich sind Beschäftigte des Staates Gewalt ausgesetzt – nicht bloß bei der Polizei, auch zahlreiche andere Sparten des öffentlichen Dienstes sind betroffen, stellte Dobrindt fest und sagte: „Es darf nicht sein, dass Taten unbestraft bleiben. Deshalb müssen wir den straffrechtlichen Schutz ausbauen und schnelle Entscheidungen der Justiz ermöglichen. Wer respektlos auftritt, soll möglichst sofort die Konsequenzen zu spüren bekommen. Das ist es, was für mich einen starken Staat und die Demokratie ausmacht.“

Der Bundesinnenminister bekräftigte außerdem, sein Ministerium wolle die amtsangemessene Alimentation der Beamtinnen und Beamten des Bundes „in einigen Wochen“ umsetzen. „Es gibt schlichtweg keine Ausreden mehr“, so der CSU-Politiker. „Es handelt sich nicht um eine Finanzfrage, sondern um eine Frage der leistungsgerechten Entlohnung. Die Besoldung spiegelt den Leistungsgedanken wider.“

Karsten Wildberger dankte in seinem Impulsvortrag dankte Wildberger den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes: „Wenn in einem Land alles funktioniert, passiert das nicht einfach so. Das machen Menschen. Ihnen gilt heute mein Dank von Herzen.“ Die so wichtige



Modernisierung des Landes gelinge nur mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. „Sie sind die Infrastruktur des Fortschritts“, betonte er. Digitalisierung und Modernisierung dürfen nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen. „Dafür braucht es auch Fort- und Weiterbildung.“

Wildberger rief den Anwesenden ins Bewusstsein, dass fast 90 Prozent der Menschen in Deutschland sagen, der Staat erleichtere ihr Leben nicht: „Was heißt das für uns? Die Antwort klingt widersprüchlich: Wer Stabilität will, darf nicht in alten Mustern verharren. Wir müssen uns als Staat moderner aufstellen. Dafür braucht es die Veränderungsbereitschaft, Dinge anzupacken. Das ist 2026 der Schlüssel zu allem.“ Deutschland könne viel mehr, als es sich zutraue.

Der Digitalminister erläuterte seine Vorhaben: „Verwaltungsmodernisierung bedeutet konkrete Entlastungen für die Menschen. Sie bedeutet, Prozesse zu verschlanken und zu beschleunigen. Sie bedeutet Aufgabenkritik, Automatisierung und verantwortungsvoller Einsatz von KI.“ Fünf Prozesse seien dabei elementar: 1. Digitalisierung der Verwaltung: Was

in einzelnen Kommunen bereits funktioniert, in die Fläche bringen. 2. Dienstleistungen digital anbieten: Der Service wird für die Bürgerinnen und Bürger einfacher. 3. Automatisierung von Genehmigungsverfahren mittels KI: Wir können aufwändige Verfahren um bis zu 80 Prozent beschleunigen. 4. Deutschland-Stack: ein gemeinsames Betriebssystem für Bund, Länder und Kommunen, das auch mit den europäischen Schnittstellen kompatibel ist. Dort werden auch die KI-Lösungen gehostet. 5. Digitale Brieftasche: Alle Bürgerinnen und Bürger haben wichtige Nachweise wie Führerschein auf ihrem Handy. Viele Prozesse wie Altersverifikation funktionieren mit einem einzigen Klick.

2026 werde ein entscheidendes Jahr für die digitale Zukunft. „Ich möchte mit Ihnen gemeinsam daran arbeiten, ein modernes Land aufzubauen. Weniger Warten, mehr Handeln. Weniger Bürokratie, mehr Innovation. Sind wir bereit für Veränderung, dann sind wir bereit für die Zukunft“, schloss Wildberger.

Alle Informationen, Berichte, Video und Bilder zur Veranstaltung gibt es unter www.dbb.de/jahrestagung.

Einkommensrunde öffentlicher Dienst der Länder

Zweite Verhandlungsrunde hat begonnen – Ausweitung der Warnstreiks?

„Wir stehen unter großem Zeit- und Erfolgsdruck. Ich bin nicht sicher, dass die Arbeitgebenden das schon verstanden haben“, Volker Geyer, dbb-Bundevorsitzender und -Verhandlungsführer vor Verhandlungsbeginn am 16. Januar 2026 in Potsdam.

Die Gewerkschaften fordern für die Beschäftigten der Länder 7 Prozent höhere Einkommen, mindestens 300. „Das ist angemessen und seit Mitte November bekannt. Was seit Monaten fehlt, ist ein verhandlungsfähiges Gegenangebot. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder versteckt sich hinter der Aussage, unsere Forderungen seien nicht zu verantworten. Wirklich verantwortungslos wäre es aber, uns auch in der zweiten Verhandlungsrunde kein Angebot vorzulegen“, machte Geyer deutlich.

„Die demographischen Realitäten treffen den öffentlichen Dienst jetzt mit voller Härte. Wenn wir nicht gegensteuern, wird sich der Personal-mangel dramatisch zuspitzen und die Funktionsfähigkeit des Staates in Frage stellen. Das gefährdet letztlich sogar unsere Demokratie“, stellte der dbb-Chef klar. Gewerkschaften und Arbeitgebende müssten deshalb gemeinsam die Attraktivität des öffentlichen Dienstes und

seine Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt stärken.

„Wenn die Ländervertreter sich weiter uneinsichtig zeigen und mauern, werden wir die Warnstreikaktionen in den nächsten Wochen massiv ausweiten müssen. Davon können dann regional unter anderem auch weitere Unikliniken, Straßenräumdienste oder Tarifbeschäftigte in Schulen, Rechenzentren und Finanzämtern betroffen sein“, so Geyer. „Wir entschuldigen uns jetzt schon bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, aber die Arbeitgebenden lassen und keine Wahl. Die Zeit drängt. Die Arbeitgebenden haben es in der Hand.“

Bereits vor dem Start der zweiten Runde in Potsdam hatten sich Beschäftigte in Berlin vor dem Bundesrat versammelt, wo sich die Fi-



finanzministerkonferenz traf. Dort sagte Andreas Hemsing, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik: „Die Finanzministerinnen und -Minister haben es in der Hand: Wer einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst haben will, muss entsprechend in ihn investieren. In den Verhandlungen heute und morgen muss die TdL beweisen, dass die vielbeschworene Wertschätzung ihrer Beschäftigten keine leere Worthülse bleibt, sondern sich tatsächlich im Geldbeutel bemerkbar macht.“

In den Tagen zuvor hatte es bereits zahlreiche Protestaktionen gegeben, etwa am 15. Januar 2026 in Mainz. Dort sagte Lilli Lenz, Landesvorsitzende des dbb rheinland-pfalz: „Ohne Polizei gibt es keine Sicherheit. Ohne Schulen keine Bildung. Und ohne die Kolleginnen und Kollegen vom Finanzamt niemanden, der für die finanzielle Grundlange des Staates sorgt. Einen starken öffentlichen Dienst gibt es nicht zum Nulltarif. Die Länder müssen ihr Personal wertschätzen und anständig bezahlen. Sicherheitslage, Staatsmodernisierung, Qualität der Schulbildung – um diesen Aufgaben gerecht zu werden, braucht der öffentliche Dienst qualifiziertes und ausreichend Personal. Das bekommen wir nur, wenn die Bezahlung konkurrenzfähig ist.“

Am 14. Januar forderten auch Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern ein wertschätzendes Angebot ein. „Die Auftaktverhandlung im Dezember war eine einzige Enttäuschung“, sagte Thomas Zeth, stellvertretender Vorsitzender der Bundestarifkommission des dbb, bei einer Kundgebung des dbb mecklenburg-vorpommern in Schwerin. „Die Beschäftigten der Länder verdienen ein anständiges Angebot. Dass die Arbeitgebenden so blockieren, ist ein Schlag ins Gesicht derer, die den öffentlichen Dienst am Laufen halten.“

In ganz Mecklenburg-Vorpommern waren die Landesbeschäftigten zum Warnstreik aufgerufen. In Schwerin trafen sich 1.700 Demonstrierende mittags auf dem Bertha-Klingberg-Platz

und zogen anschließend zur Kundgebung Richtung Staatskanzlei.

Erfreuliche Nachrichten kamen am 8. Januar aus Baden-Württemberg, wo im März einen neuen Landtag gewählt wird. Im Gespräch mit den dbb-Chefs von Bund und Land bekennt sich CDU-Spitzenkandidat Manuel Hagel zum Berufsbeamtentum. Der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer zeigte sich nach dem Treffen zufrieden: „In Zeiten großer Unsicherheit ist ein funktionierender Staat wichtiger denn je. Dafür ist das Berufsbeamtentum unerlässlich. Ich bin froh, dass Manuel Hagel diese Sichtweise teilt.“

Mit Blick auf die laufende Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder sagte Kai Rosenberger, Vorsitzender des dbb-Landesbundes in Baden-Württemberg (BBW): „Nach Abschluss der Tarifverhandlungen dürfen Besoldung und Versorgung nicht außen vor bleiben. Ich bin froh, dass Manuel Hagel das genauso sieht.“ Dieser hatte im Gespräch bestätigt: „Die Ergebnisse des Tarifvertrags der Länder wollen wir als CDU zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung und die Versorgung der Beamtinnen und Beamten, der Richterinnen und Richter sowie der Versorgungsempfänger übertragen. Reichen die Mittel im Personalglobaltitel dafür nicht aus, schaffen wir im Nachtragshaushalt die notwendige Grundlage. Denn eine amtsangemessene Besoldung ist kein Almosen, sondern eine Investition in ein funktionierendes Staatswesen.“

Hintergrund:

Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Für den 11.-13. Februar 2026 ist eine weitere Verhandlungsrunde vereinbart.

dbb Monitor öffentlicher Dienst 2026 Immer neue Aufgaben – abnehmende Personalstärke

Die sich zuspitzende sicherheitspolitische Lage verschärft den Fachkräftemangel. Das zeigt auch die gerade erschienene aktuelle Ausgabe des dbb Monitors Öffentlicher Dienst.

„Der Fachkräftemangel ist durch gestiegene Anforderungen, zum Beispiel durch veränderte Herausforderungen der innen- und außenpolitischen Sicherheitslage, und den demografischen Wandel verursacht. Hinzu kommt der Bearbeitungsstau in vielen Behörden“, beschrieb dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer am 14. Januar 2026 in Berlin anlässlich der Veröffentlichung des „dbb Monitor öffentlicher Dienst 2026“ die aktuelle Lage. Die Statistik-Sammlung bietet auch in diesem Jahr ausführlich Zahlen, Daten und Fakten rund um den öffentlichen Dienst.

„Dass die Politik in dieser Situation nur zögerlich Lösungen erarbeitet, lässt Bürgerinnen und Bürger an der Handlungsfähigkeit des Staates generell zweifeln“, sagte Geyer. So zeigt es auch die aktuelle Umfrage, die forsa im Auftrag des dbb im Juli 2025 durchgeführt hat: Gerade noch 23 Prozent der Befragten sind überzeugt, dass der Staat handlungsfähig ist und seine Aufgaben angemessen erfüllen kann. Dieser Wert ist gegenüber den beiden Vorjahren nochmals gesunken.

Trotzdem bringen die Befragten einzelnen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes besonders viel Vertrauen entgegen. „Die Berufe des

öffentlichen Dienstes belegten wieder die vorderen Plätze des Beruferankings, allen voran die Feuerwehrmänner und -frauen. Dennoch berichten viele öffentlich Beschäftigte von Gewalt-erfahrungen in ihrer täglichen Arbeit. Auch dies bildet die Umfrage ab“, unterstrich der dbb Chef.

Zentrale Herausforderung ist erneut der wachsende Mangel an Fachkräften: „Dem öffentlichen Dienst fehlen aktuell 600.000 Beschäftigte, um alle übertragenen Aufgaben seriös erfüllen zu können. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Anstieg des Fehlbestandes um etwa 30.000 in Vollzeit tätige Personen“, stellte Geyer fest.

Der dbb Monitor öffentlicher Dienst 2026 liefert darüber hinaus Informationen zur Situation des Fachkräftenachwuchses im öffentlichen Sektor und informiert über den Frauenanteil im höheren Dienst sowie in Führungspositionen der obersten Bundesbehörden. Und wie schon in den vergangenen Jahren finden sich auch in dieser Ausgabe Informationen zur Einkommenssituation der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Den neuen Monitor öffentlicher Dienst gibt es als PDF zum Download auf www.dbb.de.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

Mitbestimmungsgesetz: Digitale Abläufe lösen nicht alle Probleme

Das „Gesetz zur Digitalisierung des Mitbestimmungsgesetzes“ ist in Kraft getreten. Im Zuge des vorgeschalteten Beteiligungsverfahrens konnte der dbb sh unter Einbindung seiner Fachgewerkschaften zu einer positiven Weiterentwicklung des Gesetzes und damit der Arbeitsgrundlage für die Personalräte beitragen.

Allerdings hatten die Landesregierung und der Gesetzgeber kein Interesse an weiteren Vereinfachungen, zum Beispiel bei Wahlen. Im Mittelpunkt der Änderungen steht die Digitalisierung von Abläufen.

Einige wichtige Eckpunkte sind:

Personalratssitzungen können künftig auch digital (mittels Video- oder Audiokonferenz) durchgeführt werden. Bislang gab es nur eine Übergangslösung. Zulässig ist auch eine „hybride“ Durchführung, bei der die Teilnehmenden teils physisch anwesend und teils zugeschaltet



sind. Der Regelfall bleibt aber die Durchführung in Präsenz. Die Nutzung der Alternativen erfordert eine Beschlussfassung des Personalrates oder eine Regelung in der Geschäftsordnung.

Eine digitale oder hybride Durchführung kommt auch in Betracht für JAV-Sitzungen, Sprechstunden, Verhandlungen der Einigungsstelle sowie – im Einvernehmen mit der Dienststellenleitung – für Personalversammlungen und Monatsgespräche.

Die Dienststelle hat die Kosten der Personalratsarbeit auch zu übernehmen, wenn sie einen Digitalisierungsbezug aufweisen. Das betrifft sowohl die Ausstattung mit erforderlicher, in der Dienststelle üblicherweise genutzten Informations- und Kommunikationstechnik (luK-Technik) als auch Fortbildungen im Kontext der Digitalisierung.

Für Bekanntmachungen sind dem Personalrat nicht nur in allen Dienststellen Aushangflächen zur Verfügung zu stellen, sondern künftig auch die in der Dienststelle üblicherweise genutzte luK-Technik.

Informationsansprüche des Personalrates sollen möglichst in digitaler Form bzw. durch ein Leserecht für Dateisysteme umgesetzt werden. In diversen Fällen wird die „Schriftform“ durch die E-Mail ermöglichende „Textform“ ersetzt, auch bei Erklärungen in Mitbestimmungsverfahren.

Auch Abläufe im Zusammenhang mit Personalratswahlen werden künftig digitale Abläufe ermöglichen.

Details wird der dbb sh im Rahmen von Seminaren vermitteln. Eine neue MBG-Broschüre wird aktuell vorbereitet. Aber auch die politische Arbeit wird fortgesetzt, denn nicht alle Praxisprobleme sind gelöst.

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Hände weg vom Arbeitszeitgesetz!

Der Forderung von Bundeskanzler Friedrich Merz nach Abschaffung des Arbeitszeitgesetzes hat die GdS eine klare Absage erteilt. Die GdS wird sich entschieden gegen jede Initiative stellen, die den Beschäftigten- und Gesundheitsschutz infrage stellt.

Auf einem Wirtschaftsempfang hatte Merz zum Thema Bürokratieabbau die Aussage getätigt, er würde am liebsten das deutsche Arbeitszeitgesetz abschaffen. Hierzu erklärte der GdS-Bundesvorsitzende und dbb-Vize Maik Wagner am 15. Januar 2026: „Das Arbeitszeitgesetz ist nicht irgendein Regelwerk, sondern ein zentraler Schutzmechanismus für die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten. Es begrenzt tägliche Arbeitszeiten, regelt Pausen und schafft verlässliche Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Deutschland.“

Die Vorstellung des Bundeskanzlers, dieses Gesetz abzuschaffen, sei nicht nur abenteuerlich, sondern gefährlich. Sie greife fundamentale Arbeitnehmerrechte an und setze Beschäftigte den Risiken von Überlastung und Ausbeutung aus. Wagner weiter: „Anstatt Schutzrechte zu schwächen, muss der Gesetzgeber diese dringend an die modernen Arbeitsrealitäten anpassen und weiterentwickeln. Ein Rückbau der Schutzstandards wäre ein eklatanter Bruch mit dem sozialen Konsens unserer Arbeitswelt.“

Namen und Nachrichten

Seit der 'Zeitenwende' hat sich der Arbeitsalltag von Maximilian Wergen im Bundesamt für Beschaffung der Bundeswehr sehr verändert - mehr Projekte, mehr Druck, mehr Verantwortung. Nach Maschinenbaustudium und Qualifizierung zum Wehrtechnikingenieur im Rahmen der Beamtenlaufbahn durch Schulungen in Systembewaffnung sowie Luft- und Raumfahrt

arbeitet der 30-jährige Rheinländer jetzt beim Beschaffungsamt der Bundeswehr in Koblenz. "Wir sind die Schnittstelle zwischen Truppe und Industrie, zwischen der Entwicklung und der Nutzung von zum Teil extrem komplexen Systemen. Das ist für mich als Ingenieur superspannend", erzählt Maximilian Wergen in der neuen Folge vom dbb-Podcast „DienstTag



- Menschen, die Staat machen“. Nicht nur die Systeme sind komplex, die Entscheidungsprozesse der Beschaffung sind es auch: Nach politischer Entscheidung und Bedarfsdefinition folgen Analyse, Erarbeitung von Lösungsvarianten, Auswahl der Best-Vorschläge, Genehmigung durch die militärische Leitung, Leistungsbeschreibung Ausschreibung, Angebots-sichtung und Beauftragung, später Testung und Nutzungsfreigabe der Produkte. Wergen: "Was man heute kauft, steht noch lange nicht morgen auf dem Hof. Das dauert. Manchmal müssen erst noch die entsprechenden Produktionskapazitäten aufgebaut werden.“ Die 'Zeitenwende' durch den russischen Überfall auf die Ukraine und die technischen Entwicklungen der letzten Zeit, vor allem bei Drohne und

KI haben die Arbeit beim Beschaffungsamt sehr verändert und die Arbeitsbelastung erhöht. Von den 11500 Dienstposten sind 1500 nicht besetzt, bei immer weiter steigender Projektzahl und -volumina. Zur Arbeitsbelastung kommen schwierige ethische Erwägungen, gerade beim Einsatz neuer Technologien. "Wir müssen ungesteuerte Entwicklungen beim Einsatz von KI vermeiden. Zum Beispiel muss auch bei automatisierten Prozessen die Unterscheidung zwischen Zivilpersonen und Kombattanten immer sichergestellt und die Einsatzentscheidung letztlich immer beim Menschen liegen", betont Maximilian Wergen. Den Podcast gibt es auf www.dbb.de.

Termine:

11.-13. Februar 2026

Einkommensrunde der Länder 25/26

3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de